

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppbn d



Inhalt

Klaus Daubertshäuser MdB fordert, den Rasern Einhalt zu gebieten: Die Straßen dürfen nicht zum Kriegsschauplatz werden.

Seite 1

Margitta Terborg MdB resümiert Eindrücke einer Polen-Reise: Die Lage stabilisiert sich.

Seite 2

Dr. Liesel Hartenstein MdB stellt das Schwarzwald-Programm der SPD Baden-Württemberg vor: Das Öko-System Wald retten.

Seite 3

Hans Gottfried Bernrath MdB erinnert an den Jesuitenpater Alfred Delp, der heute 80 Jahre alt geworden wäre: Sein Vermächtnis lebendig halten.

Seite 6

42. Jahrgang / 175

15. September 1987

Den Rasern Einhalt gebieten

Die Straßen dürfen nicht zum Kriegsschauplatz werden

Von Klaus Daubertshäuser MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Ein Tempolimit bringt mehr Sicherheit in den Straßenverkehr. Auch der Hessische Verkehrsminister anerkennt dies inzwischen in der Öffentlichkeit. Noch vor wenigen Monaten war er anderer Auffassung. Deshalb ist sein „Lernerfolg“ zu begrüßen.

Auf unseren Straßen wird immer schneller gefahren. Die meisten Bundesbürger empfinden dieses Fahrverhalten als lebensbedrohend - zu Recht: Über zweitausend Menschen sterben jährlich an Folgen von Unfällen, die durch zu hohe Geschwindigkeiten ausgelöst worden sind. Überhöhte Geschwindigkeit ist auch sonst die Unfallursache Nummer eins.

Auf den deutschen Straßen brauchen wir weniger gefährliche Verhaltensweisen. Wir brauchen eine Fahrmentalität, die von Gelassenheit geprägt wird. Wir müssen wieder lernen, mit dem Kraftfahrzeug entspannt umzugehen. Nötig ist ein Tempolimit. Es reduziert den Schadstoffausstoß der Kraftfahrzeuge, spart Energie und rettet vielen Bürgern Gesundheit und Leben.

Ein Tempolimit verlangsamt die PKW mit extrem hohen Geschwindigkeiten. Gleichzeitig beschleunigt es die langsameren Fahrzeuge. Die Geschwindigkeitsunterschiede werden kleiner. Insgesamt wird der Verkehr gleichmäßiger und flüssiger und in der Folge davon eben sicherer. Verkehrswissenschaftliche Untersuchungen haben dies wiederholt bestätigt.

Trotzdem verteidigt die Bundesregierung „freie“ Geschwindigkeiten als wichtiges Bürgerrecht. Sie hat sogar dazu aufgefordert, bestehende Geschwindigkeitsbegrenzungen zu übertreten. Auch hat sie Polizisten in der Öffentlichkeit beschimpft, die Geschwindigkeitsbegrenzungen kontrolliert haben. Selbst der Bundeskanzler hat mit seiner Äußerung „mit mir wird es ein Tempolimit nicht geben“ das unverantwortliche Rasen gefördert.

Aggressive Autofahrer können diese Neigung immer stärker mit dem Gaspedal ausleben. Teilweise nutzen sie ihre leistungsstarken Fahrzeuge gleichsam als Waffe gegen schwächere Verkehrsteilnehmer. Im Temporausch werden die Straßen zu Kriegsschauplätzen. Die Bundesregierung muß den Totschlag auf unseren Straßen unterbinden. Sie darf ihn nicht billigend in Kauf nehmen.

(-/15.9.1987/vo-he/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kennzeichen-Umhang
mit www.omega-Rohstoffe
Recycling-Papier



Die innenpolitische Lage Polens stabilisiert sich

Eindrücke von einer Reise

Von Margitta Terborg MdB
Stellvertretende Vorsitzende des Gesprächskreises Polen der SPD-Bundestagsfraktion

„Noch ist Polen nicht verloren“ - wer kennt nicht diese Worte? Ich will sie einmal abwandeln und nach einer gut einwöchigen Reise auf folgenden Nenner bringen: Polen ist nicht verloren.

Bei aller Vorsicht, die ein nur zeitweiliger Besuch im Land gebietet, kann man feststellen, daß sich die innenpolitische Situation Polens gefestigt hat. Die Versorgung der Bevölkerung ist zwar immer noch unbefriedigend, aber sie bessert sich von Jahr zu Jahr. Selbst die Rolle des Partei- und Staatsoberhauptes der Volksrepublik Polen, General Wojciech Jaruzelski, hat in der Bevölkerung eine neue Bedeutung erhalten. Heute ist man nicht mehr ausschließlich der Meinung, daß Jaruzelski dem Großen Bruder in der Krise gefolgt sei. Man begreift, daß er die einzig vorhandene Handlungsalternative genutzt hat. Man ist vielmehr bereit, soweit zu gehen, daß man dem General bestätigen würde, daß er im Sachzwang handelte. Daß er richtig gehandelt hat, sagt man noch nicht.

Wer aufmerksam im Lande herumhört, dem muß auffallen, daß die Rolle der Kirche in Staat und Gesellschaft nicht gelitten, sondern eher noch neues Profil gewonnen hat. Ich fand die Meinung eines sehr sehr einfachen Polen durchaus treffend:

1. Der General ist zum Regieren verdammt.
2. Die Kirche ist dazu verurteilt, ihm über weite Strecken widerwillig Gefolgschaft zu leisten, ohne sich mit dem System zu identifizieren.
3. Der Große Bruder an der östlichen Grenze ist vorhanden.
4. Die Polen werden sich durchwursteln.

Sehr verhalten beurteilt man den Kampf des sowjetischen Generalsekretärs Michail Gorbatschow um die Erneuerung der Gesellschaft der UdSSR. Erinnerungen an Chruschtschow tauchen auf. Er hat's ja auch schon mal versucht. Der Apparat war stärker. Mehr als distanzierte Hoffnung scheint man sich im Land der Polen nicht zu erlauben.

Es ist immer wieder zu beobachten, daß Polens Bevölkerung - und das ist bei den kleinen Leuten ebenso zu hören wie bei der sogenannten kritischen Intelligenz - einen noch nicht störungsfreien Kontakt zu den beiden deutschen Staaten haben. Den Freunden gleich an der Westgrenze traut man offiziell, registriert allerdings sorgsam alle Kränkungen, die etwa aus dem Tourismus, den Wirtschaftsbeziehungen oder dem Auftreten der DDR-Repräsentanten erwachsen. Von der fernen liegenden Bundesrepublik erhofft man sich wirtschaftliche Aufschwungstendenzen, vergißt aber nie, zu welchen Leistungen (und das ist nicht nur positiv in Polens Bewußtsein) die Deutschen fähig sind. Es war interessant, wie vorsichtig die Polen den Besuch Honeckers in der Bundesrepublik schon im Vorfeld beurteilt haben.

Mein Eindruck: Die Polen „rappeln“ sich, aber bis das Land alle seine Schwierigkeiten bewältigt hat, geht noch bei optimistischer Einschätzung ein halbes Jahrzehnt vorüber. Bis die Polen und Deutschen ein absolut unverkrampftes Verhältnis zueinander haben, werden wir wohl die Jahrtausendwende erreichen. Daß die Völker dieser drei Staaten zu einem immer intensiveren Aufeinander-Zugehen verdammt sind, ist mir nach diesem Besuch sehr klar geworden.

Schlußbemerkung: Reisen bildet. Man wird als Bundesbürger bescheiden, wenn man den riesigen Berg von Problemen sieht, der manchmal zweifelnd, manchmal trotzig und sehr oft pffiffig von den Polen zu meistern versucht wird. (-/15.9.1987/vo-he/rs)

* * *



Den Schwarzwald retten!

Die SPD Baden-Württemberg legt ein Projekt vor, das zum Modell für die Rettung des Öko-Systems Wald werden könnte

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Stellvertretende Vorsitzende des Umweltausschusses des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der Projektgruppe „Schwarzwaldprogramm“ der SPD Baden-Württemberg

Das Waldsterben gehört zu den größten Umweltbedrohungen unserer Zeit. Trotz günstiger Witterungsbedingungen in den letzten Jahren schreitet es ungebremst fort; von einer positiven Trendwende kann keine Rede sein. Die jüngsten Hochwasser- und Erosionskatastrophen in den Alpenländern haben erneut unter Beweis gestellt, daß das Waldsterben nicht nur ökologische Folgen hat, sondern auch enorme ökonomische Schäden anrichtet.

Baden-Württemberg ist neben Bayern mit 65 Prozent geschädigter Bäume in der Bundesrepublik am stärksten betroffen. Das gilt vor allem für den Schwarzwald, das größte zusammenhängende Waldgebiet des Landes. In den Hochlagen haben die mittel- und schwergeschädigten Bestände besonders zugenommen. Teilweise muß in absehbarer Zeit mit einem Absterben flächenhaften Ausmaßes gerechnet werden. So geht aus einer Studie des Regionalverbandes Südlicher Oberrhein hervor, daß circa 11.000 Hektar Fichtenwald kurzfristig abgeholzt werden müssen.

An der Schwarzwaldhochstraße gehen die Walderkrankungen nach Aussagen der Forstleute allmählich in einen „Sterbeprozess“ über.

Nach einhelliger Auffassung der Forstwirtschaft, der Wissenschaft und der Waldbesitzerverbände reichen die bisher ergriffenen Maßnahmen nicht aus, um das Waldsterben zu stoppen. Angesichts dieser Tatsache ist es unverantwortlich, wenn Bundes- und Landesregierung von einer „Stabilisierung“ der Waldschäden reden und damit den Eindruck zu erwecken suchen, man habe die Entwicklung im Griff. Eine solche Beschwichtigungsformel dient lediglich als Vorwand für die unglaubliche Lässigkeit, mit der die politisch Verantwortlichen das Problem behandeln und die tatsächlichen Gefahren zu tabuisieren trachten.

Der Countdown in unseren Wäldern läuft, auch wenn noch so viele regierungsamtliche „Erfolgszahlen“ über die Senkung der SO₂- und NO_x-Belastung in die Öffentlichkeit gestreut werden.

Die Landesregierung Baden-Württemberg hat bis heute kein Regionalprogramm entwickelt, mit dem die eklatanten Schwächen der Bundesgesetzgebung ausgeglichen würden und dem Schwarzwald wirksam geholfen werden könnte. Meßprogramme, Beobachtungsflächen, Intensivierung der Forschung und Sondermittel zur Kalkdüngung können nur flankierenden Charakter haben und gleichen die schon 1985 auf über 200 Millionen DM jährlich geschätzten Schäden der Waldbauern und Kommunen nicht aus.

Obwohl Baden-Württemberg mit Recht auf seine technologische Spitzenstellung verweisen kann, schöpfen die derzeit geltenden Vorschriften den Stand der Technik bei weitem nicht aus.

Wir fordern, daß zur Rettung des kranken Waldes konsequent die beste verfügbare Technologie eingesetzt werden muß. Das gilt für die Entgiftung stationärer Quellen ebenso wie für das Energiesparen und erst recht für den Kfz-Bereich.



Die SPD-Baden-Württemberg hat ein „Schwarzwaldprogramm“ vorgelegt, das mit einem auf allen Ebenen ansetzenden, gezielten Maßnahmenbündel die Bekämpfung des Waldsterbens wirksam vorantreiben soll. Zielvorstellung ist die Reduzierung der Luftschadstoffe um die Hälfte innerhalb der nächsten fünf Jahre.

Das „Schwarzwaldprogramm“ könnte umweltpolitisch und technologisch zum Modellprojekt für die Rettung des Ökosystems Wald werden. Der von einer Projektgruppe erarbeitete und vom SPD-Landesvorstand gebilligte Entwurf enthält einen umfangreichen Maßnahmenkatalog, der in zwei Stufen verwirklicht werden soll:

- a) in einem kurzfristig realisierbaren Sofortprogramm,
- b) in einem Langfristprogramm, mit dem eine grundlegende Neuorientierung der Energie- und Verkehrspolitik angestrebt wird.

Langfristig gilt: Einsparen geht vor Entgiften! Das heißt wichtigster Grundsatz muß sein, Schadstoffe erst gar nicht entstehen zu lassen, zum Beispiel durch verstärkte Energieeinsparung und durch Reduzierung des motorisierten Verkehrs. Kurzfristig müssen alle gangbaren Wege zur Entgiftung, das heißt zur Verminderung der Luftschadstoffe beschritten werden. Defizite bei der Abgasreinigung bestehen vor allem bei den Industriefeuerungen und beim Straßenverkehr. Die industriellen SO₂-Emissionen werden bis 1995 in Baden-Württemberg nur um 30 Prozent zurückgehen. Von den 350.000 Tonnen Stickoxiden, die jährlich in Baden-Württemberg emittiert werden, stammen nahezu 70 Prozent aus dem Kfz-Bereich. Baden-Württemberg liegt damit weit über dem Bundesdurchschnitt (55 Prozent). Eine besonders hohe Verkehrsdichte weist neben dem Mittleren Neckarraum das Oberrheintal auf. (Autobahn Karlsruhe - Basel, B 3 und so weiter)

Das „Schwarzwald-Programm“ erfordert ein mehrgleisiges Vorgehen. Initiativen müssen gleichzeitig auf Bundes- und EG-Ebene, auf Landesebene und auf regionaler und kommunaler Ebene in die Wege geleitet werden.

Dabei ist die regionale und kommunale Ebene von besonderer Bedeutung. Hier gibt es eine Fülle von Handlungsmöglichkeiten: beginnend mit kommunalen Luftreinhalteprogrammen (Beispiel Freudenstadt) und kommunalen Energieversorgungskonzepten (Beispiel Rottweil), dem Bau von Blockheizkraftwerken, der Umstellung von Heizungen öffentlicher Gebäude über die Umrüstung des öffentlichen Fuhrparks auf Katalysatorwagen, bis zum Ausbau des öffentlichen Verkehrssystems (Beispiel Freiburg), der Einführung von Öko-Tickets und der Schaffung eines Schwarzwald-Passes, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die Finanzierung der vorgeschlagenen Maßnahmen soll zum einen Teil über das mit dem Umweltabgabengesetz gekoppelte Landesförderprogramm, zum anderen Teil durch die Errichtung eines Schwarzwaldfonds erfolgen, in den das Land fünf Jahre lang einen Grundbetrag von 100 Millionen DM jährlich einbringt. Daraus werden bei Durchführung emissionsmindernder Maßnahmen sowohl an die Kommunen als auch bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen, an Gewerbe- und Industriebetriebe Zuschüsse beziehungsweise zinsverbilligte Kredite vergeben.

Das Schwarzwaldprogramm ist als Regionalprogramm in etwa vergleichbar dem in den 70er Jahren von Bund und Land gemeinsam finanzierten Rhein-Bodensee-Programm, das den Bodensee vor dem



Umkippen bewahrte und zu seiner Erhaltung als unentbehrlichen Trinkwasserspeicher beitrug. Der Schwarzwald bildet die Lebensgrundlage für 670.000 Menschen. Allein der Fremdenverkehr bietet 90.000 Arbeitsplätze und ist mit einem Jahresumsatz von drei Milliarden DM der wichtigste Wirtschaftszweig. Ebensoviel setzt die Holz-, Forst- und Landwirtschaft um.

Der Wald stellt einen Vermögenswert von acht bis neun Milliarden DM dar. Nach Auffassung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände und der Forstkammer Baden-Württemberg ist der Wald nur zu retten, wenn bis 1993 alle Schadstoffimmissionen halbiert werden. Langfristige Zielvorstellung ist die Rückführung der Luftbelastung auf das Niveau der 50er Jahre. Gelingt dies nicht, so entstehen nicht nur irreparable ökologische Schäden, sondern es fallen auch Kosten an, die ein Vielfaches dessen betragen, was das vorgeschlagene Fünf-Jahres-Programm erfordern würde. Umweltreparatur ist allemal teurer als Umweltvorsorge.

Für Sozialdemokraten ist die Realisierung eines Sofortprogrammes der einzig gangbare Weg zur Rettung des Schwarzwaldes.

Die wichtigsten Punkte des Sofortprogrammes sind:

1. Flächendeckende Durchführung kommunaler Emissionsminderungskonzepte; finanzielle Be-zuschussung durch das Land,
2. Erstellung und beschleunigte Durchführung von Emissionsminderungsplänen für Gewerbe und Industrie mit dem Ziel, bei Altanlagen Fristen und Grenzwerte der TA Luft zu unterschreiten, Finanzierungshilfen über Landesförderprogramm,
3. Einrichtung des Schwarzwaldfonds,
4. Umrüstungsprogramm für Altfahrzeuge, Steuerbefreiung für mindestens zwei Jahre, Endtermin für TÜV-Zulassung spätestens 31. Dezember 1990.
5. Initiativen im Bundesrat:
 - Einführung der US-Abgaswerte,
 - obligatorische Einführung des Katalysators für Neuwagen (aus deutscher Herstellung und Importe aus Nicht-EG-Ländern) ab 1. Januar 1988,
 - Tempolimit 100/80 für Autobahnen und Landstraßen.
6. Anordnung von Tempolimits überall da, wo nach heutiger Rechtslage bereits möglich (aus Lärm-schutz- und Sicherheitsgründen),
7. Drosselung beziehungsweise Sperrung des Kfz-Verkehrs in hochgefährdeten und stark frequen-tierten Gebieten (Schauinsland, Feldberg, Kandel, Schliffkopf und andere); Ersatzverkehre zum Beispiel mit Elektrobussen,
8. Aufbau von öffentlichen Verkehrsverbänden, unter Einbeziehung der Bahn; flächendeckendes Angebot von verbilligten und übertragbaren Öko-Tickets. (-/15.9.1987/vo-ha/rs)

* * *



Das Vermächtnis Alfred Delps lebendig halten

Der von den Nazis ermordete Jesuitenpater wäre heute 80 Jahre alt geworden

Von Hans Gottfried Bernrath MdB

37 Jahre war der Jesuitenpater Alfred Delp, als er nach der Verkündung des Todesurteils durch den Volksgerichtshof mit gefesselten Händen an seine Mitbrüder schrieb: „...nun muß ich doch den andren Weg nehmen.“ Am 2. Februar 1945 wurde er hingerichtet. Am 15. September dieses Jahres wäre er 80 Jahre alt geworden.

Das zitierte Wort aus dem Abschiedsbrief zeigt in ergreifender Weise, daß dieser junge Jesuit sich für sein Leben noch viel vorgenommen hatte. Wir wissen, daß er darauf eingestellt war, sein Leben für die Schaffung einer menschenwürdigen Ordnung im Nachkriegsdeutschland einsetzen zu können. Es gibt heute guten Grund, mit Dank und großem Respekt an das Wirken dieses jungen Soziologen und Ordensgeistlichen zu erinnern, der sich auf Wunsch seiner Oberen dem Kreisauer Kreis als Sozialwissenschaftler für die Planung einer Zukunft für das Deutschland nach dem Krieg zur Verfügung gestellt hatte.

Beim Lesen in den Veröffentlichungen und nachgelassenen Schriften begegnet man einer tiefen Leidenschaft für den Menschen und für eine menschenwürdige Ordnung in Staat und Gesellschaft. Pater Delp suchte eine Antwort auf die soziale Frage, und er war davon überzeugt, daß sich eine Antwort „nach Gottes Ordnung und in Gottes Freiheit“ finden ließe. Dabei war er sich jedoch auch sehr deutlich bewußt, daß „der gegenwärtige Mensch in eine Verfassung des Lebens geraten (ist), in der er Gottes unfähig“ geworden zu sein scheint.

Mit scharfer Kritik überzieht er Bürgertum und bürgerliche Gesellschaft, die er trotz anerkennenswerter Leistung in der Gefahr sieht, einen Menschentyp hervorzubringen, „vor dem selbst der Geist Gottes... ratlos steht, weil alles mit bürgerlichen Sicherheiten und Versicherungen verstellt ist“. In noch größerer Gefahr sieht er eine Kirche, die in bürgerlichen Sicherheiten, leergewordenen Traditionen und bürokratischen Machtstrukturen ihre eigentliche Aufgabe im Spannungsverhältnis zwischen religiöser Bindung und Hingabe für den Menschen verfehlt. Vieles von der harten, oft pessimistisch klingenden und doch stets loyalen Kritik an der Kirche hat Eingang gefunden in Überlegungen und Arbeitsergebnisse des zweiten Vatikanischen Konzils.

In einer neuen Belebung der Bindung an Gott und seine Ordnung sieht Alfred Delp die entscheidende Chance für eine menschenwürdige Zukunft. „Theonomer Humanismus“ nennt er das und verbindet diese Vorstellung sehr eng mit der Forderung eines „personalen Sozialismus“. Es mag manche überraschen, wie konsequent und selbstverständlich in der damaligen Zeit immer wieder beim Versuch, ein gesellschaftliches Konzept aus den Impulsen des christlichen Glaubens zu entwickeln, die Idee eines christlichen Sozialismus ins Spiel kommt. Alfred Delp leitet seine Überlegungen über eine universale Solidarität im Umgang mit Wissen, Macht und Geld unmittelbar aus der kirchlichen Soziallehre ab. Seine Vision von einem christlichen Sozialismus unterscheidet sich durch das Kriterium des Personalen ebenso konsequent gegenüber liberalistischen Fehlhaltungen einer „freischwebenden Subjektivität“ und des ihr entsprechenden „possessiven Individualismus“ wie von den freiheitsgefährdenden Tendenzen des Kollektivismus.

Alfred Delp hat seinen Widerstand gegen die Unfreiheit und Unmenschlichkeit der verbrecherischen Diktatur des Nationalsozialismus, aber auch seine Arbeit an den Zukunftsentwürfen für ein neues und besseres Deutschland mit dem Tode bezahlt. Das Zeugnis dieses mutigen Menschen, aber auch seine zeit-, gesellschafts- und kirchenkritischen Anfragen bilden ein Vermächtnis, das lebendig gehalten werden soll.

(-/15.9.1987/vo-he/rs)

